

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Central Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsbaudienststelle beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postleitzettel: Dresden 1530
Große Straße Riesa Nr. 52.

Nr. 19.

Freitag, 23. Januar 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. **Bezugspreis**, gegen Vorauflösung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhung der Löhne und Materialpreise beladen wir uns das Recht der Preisverhöhung und Nachforderung vor. Ausgaben für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im vorraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen in bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 8' um 10 Pfennige, die 9' um 12 Pfennige, die 10' um 15 Pfennige, die 11' um 20 Pfennige, die 12' um 25 Pfennige, die 13' um 30 Pfennige, die 14' um 35 Pfennige, die 15' um 40 Pfennige, die 16' um 45 Pfennige, die 17' um 50 Pfennige; zulässiger Kardinal: 100 Mark-Pfennige; zulässiger Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife, Grabkästen in der Elbe! — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstlicher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Versorgungsunternehmungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 52. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen und Verlag: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Bertrauensvotum für die Reichsregierung.

Deutscher Reichstag.

v. d. Berlin, 22. Januar 1925.

Bei der Abstimmung über den Billigungsauftrag wurden 216 Stimmen für den Antrag abgegeben, 180 abgelehnt, 39 Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Mit „nein“ haben gestimmt die Sozialdemokraten und die Kommunisten, enthalten haben sich der Abstimmung die Demokraten und die Nationalsozialisten. Vom Zentrum haben einige Abgeordnete mit „nein“ gestimmt. Damit sind die Misstrauensanträge erledigt.

(Fortschreibung des gestrigen Berichts.)

Abg. Dr. Haas (Dem.) wendet sich gegen die Polemik des Abg. v. Kardorff gegen die demokratische Partei und ihren Führer Koch. Herr von Kardorff, der bisher immer die Sachlichkeit für sich in Anspruch nehmen konnte, habe in bedenklicher Weise seine bisherigen Prinzipien aufgegeben. Er habe die Grenze des Demagogischen stark gesetzt. (Abstimmung links.) Wenn auch die Deutschenationalen anerkennen würden, daß es sich um Republik oder Chaos handele, so wäre das ein zu begrüßender Fortschritt.

Die Deutsche Volkspartei trage die Hauptschuld an den Krisen der letzten Zeit. (Widerspruch rechts.) Marx wurde gefürchtet, ohne daß man schon wußte, wie man ein Kabinett bilden sollte. (Erneuter Widerspruch rechts.) Die bisherige Opposition der Deutschenationalen sei weder sachlich noch national gewesen. Verantwortungsbewußte Opposition werde man vielleicht in den nächsten Wochen von den Demokraten lernen können. Staatsautorität sei gleichbedeutend mit Republik. Der Redner fragt, warum Herr Neuhäusel denn jetzt den Eid auf die Republik leiste. Die Ernennung Neuhäusel zum Minister sei für alle Republikaner eine schwere Provokation. (Abstimmung links.) Das Inneministerium sei noch nie mit einem so ungeeigneten Mann besetzt worden wie Schiele. Der Redner verteidigt das Reichsbanner Schwarz-rot-gold, das wenigstens erreicht habe, daß die rechtsradikalen Organisationen jetzt etwas zurückhaltender geworden sind. Wir haben kein Vertrauen zum Kabinett, erwarten aber, daß es im Sinne der Regierungserklärung handelt.

Abg. Hompe (Wirtsch. Vereinig.) sagt der Regierung Unterstützung zu, wenn sie besonders die Interessen des Mittelstandes wahrnehme. Der Parlamentarismus als solcher mit seiner Schreierei habe verübt. Es müsse endlich wieder praktische, solide Arbeit geleistet werden. Die berichtigten Forderungen der Niedersachsen müßten stärker berücksichtigt werden. Hauptsächlich sei der neue Minister Schiele augenfälliger als Herr Seizing. Der Redner schließt mit der Erklärung: Wir stehen der neuen Regierung vorurtheilsvoll gegenüber und werden ihr durch Annahme der Billigungsformel unser indirektes Vertrauen ausdrücken.

Abg. Graf Neuenkow (Nat.-Soz.) erhebt zunächst Einspruch gegen die Beschuldigung einer völkischen Brothüre, die sich mit dem Barmat-Skandal beschäftigt. Er polemisiert dann gegen den sozialdemokratischen Abgeordneten Breitscheid, den er einen Mann im Munde nennt, und weiß darauf hin, daß der betrügerische Bankier Brusch niemals der völkischen Partei angehört habe. (Lachen links.) Der Redner bedauert, daß die neue Regierung die bisherige Außenpolitik fortführen wolle. Der Völkerbund sei nur eine Art Ausschüttung des internationalen Weltkapitals, dargestellt von Juden und Judentum. Der Redner kritisiert dann die Aufnahme des Leiters der zionistischen Bewegung, Dr. Weizmann, durch den Reichspräsidenten wie eines Großmächtigvertreters. Bedauerlich sei, daß die evangelische und katholische Kirche keinen Einspruch dagegen erhoben haben, daß die heiligen Stätten in Palästina wieder in jüdische Hände geraten sind.

Damit schließt die Besprechung der Regierungserklärung.

Zur Abstimmung

liehen das Billigungsvotum der Deutschenationalen, der Deutschen und der Bayrischen Volkspartei, des Zentrums und der Wirtschaftlichen Vereinigung. Es lautet: Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung.

Demgegenüber erklärt ein sozialdemokratischer Antrag: Die Reichsregierung besitzt nicht das Vertrauen des Reichstags, und ein kommunistischer Antrag: Die Reichsregierung besitzt nicht das Vertrauen des Reichstags, dessen sie nach Art. 54 der Reichsverfassung bedarf.

Vor der Abstimmung finden noch zahlreiche persönliche Bemerkungen statt, die die Redner des Tages austauschen. Abg. Bischbod (Dem.), der frühere preußische Handelsminister, unter dem der jetzige Minister Neuhäusel als Ministerialdirektor tätig war, berichtet über die damalige Anlegenheit des von Neuhäusel abgelegten Eides auf die Verfassung. Er habe keinen Zweifel gelassen, daß ein dauerndes Verbleiben Neuhäusel im Amt trog seiner anerkennenswerten Tätigkeit nicht in Frage kommen könnte. Er wurde nur vorübergehend weiter beschäftigt. Vielleicht ist der Reichsfanzer der Meinung, daß das jetzt bei dem Ministerposten ebenfalls der Fall ist. (Heiterkeit links.)

Abg. v. Kardorff (DBP) wehrt sich gegen den Vorwurf der Demagogie. Herr Koch war zur Zeit des Herrn von

Dallitz Oberbürgermeister. Wenn dieser ihn zum Diner geladen hätte, dann wäre Herr Koch sicherlich hingegangen und hätte sich geschmeichelt gefühlt. (Heiterkeit rechts.)

Abg. Koch (Dem.) nennt diese Bemerkungen geschmacklos und erinnert daran, daß Herr von Kardorff auch an Diners beim Reichspräsidenten Ebert teilgenommen habe, ohne daß man ihm den Vorwurf antimonarchischer Haltung gemacht habe. Er Koch habe sich entschlossen auf den Boden der Republik gestellt, als Kardorff noch unentloft zwischen der Deutschenationalen und der Deutschen Volkspartei hin und herpendete.

Um 6 Uhr 15 Minuten haben die persönlichen Bemerkungen ihr Ende gefunden. Unter allgemeiner großer Spannung des vollbesetzten Hauses und der überfüllten Tribünen wird zur Abstimmung geschritten. Die Reichsminister sind unter Führung des Reichskanzlers Dr. Luther vollzählig anwesend.

Ein Antrag Süder (Komm.), zuerst über die Misstrauensanträge abzustimmen wird abgelehnt. Es erfolgt also zuerst die

Abstimmung über den Billigungsauftrag.

Für diesen Antrag stimmen die Deutschenationalen, die Deutsche Volkspartei, die Bayrische Volkspartei, die Wirtschaftlichen Vereinigung, die große Mehrheit des Zentrums, mit Ausnahme des Abg. Dr. Wirth, der gegen den Antrag stimmt, und einiger Zentrumsbündnispartner, die vor der Abstimmung den Saal verlassen haben. Der Abstimmung enthalten sich die Demokraten und die Nationalsozialisten.

Gegen die Billigungsformel stimmen die Sozialdemokraten und Kommunisten.

Es beginnt dann die Auszählung der Stimmen. Die Mehrheit für die Billigungsformel kann als gesichert gelten.

Um 6 Uhr 35 Minuten verkündet Präsident Löwe das Abstimmungsergebnis. Es sind 445 Stimmen. Enthalten haben sich 39 Abgeordnete. Mit „nein“ stimmen 180 Abgeordnete, mit Ja 246.

Die Billigungsformel ist also angenommen.

Das Ergebnis wird von den Regierungsparteien mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Die Misstrauensvoten sind mit dieser Abstimmung erledigt.

Darauf verzagt der Reichstag auf Freitag 1 Uhr mit der Tagesordnung Handelsvertragsverhandlungen.

Der kommunistische Einspruch gegen die Ausschließung des kommunistischen Abgeordneten Schwarz wurde abgelehnt. Schluss kurz vor 7 Uhr.

Die namentliche Abstimmung.

Das Abstimmungsergebnis bei den einzelnen Parteien stellt sich folgendermaßen.

Von den Sozialdemokraten fehlten die neun Abgeordneten Frau Arning, Egerstedt, Dorn, Jäder, Dr. Lev, Schirmer (Dresden), Schmidt (Leipzig), Schulz (Bremen), Frau Dr. Stegmann; alle übrigen 122 kamen mit Ja.

Von der Deutschenationalen Partei fehlten drei: Bazille, Dr. Hochsch und Wormit; die übrigen 108 stimmen mit Ja. Von Zentrum fehlten folgende 14 Abgeordnete: Dr. Beuth, Dies, Gericke, Gieseck, Gros, Hösle, Hofmann-Ludwigshafen, Joos, Lange-Hegemann, Schlae, Schwarzenburg, Sonner, Frau Teich, Tremmel; enthalten haben sich drei Abgeordnete: Auwall, Koch-Effen, Röder; mit Ja 111 stimmen Embach, Dr. Wirth; alle übrigen 50, darunter der frühere Reichskanzler Marx, stimmen mit Ja.

Von der Deutschen Volkspartei fehlte nur Dr. Bapf; alle übrigen 50 stimmen mit Ja.

Von den Kommunisten fehlten 9: Dengel, Eckert, Münnichberg, Pfeiffer, Remmels, Schlageter, Dr. Schwarzenberg, Berlin, der gestern ausgeschlossen worden ist. Urbahn, Frau Zeitlin; die übrigen 96 stimmen mit Ja.

Von den Demokraten fehlten fünf: Korell, Lemmer, Schücking, Schuldt, Wieland; die übrigen 27 enthielten sich.

Von der Wirtschaftlichen Vereinigung fehlte Sievers; die übrigen 20 stimmen mit Ja.

Von den Bayrischen Volkspartei waren sämtliche 10 Mitglieder anwesend und kamen mit Ja.

Von den Nationalsozialisten fehlten fünf: Dietrich-Franken, Eudenbors, v. Kramm, Schroeder-Mecklenburg, Strasser; die übrigen neun enthielten sich.

In der öffentlichen Vollziehung des Reichsrats

vom Donnerstag stellte sich der neue Reichskanzler Dr. Luther mit einer kurzen Rede vor, in der er darauf hinwies, daß er schon früher in zwei anderen Räumen mit dem Reichsrat zusammengearbeitet hätte. Er versicherte, daß die von der Reichsregierung in ihrer Programmklärung gegebenen Zusagen über das Verhältnis der Reichsregierung zu den Einzeländern sorgfältig innegehalten werden würden und gab der Hoffnung Ausdruck, daß das Zusammenkommen zwischen Reichsrat und Reichsregierung sich so fruchtbringend wie nur möglich gestalten werde. Nachdem im Namen des Reichsrats der Preußische Staatssekretär Weismann den Dank für die Begrüßungsworte des Reichskanzlers ausgesprochen hatte, verließ der Reichskanzler die Sitzung, um sich in die Reichstagssitzung einzuklappern, während der neue Minister des Innern Schiele den Vorruh übernahm. Auch er nahm Bezug auf die Regierungserklärung über

das Verhältnis zwischen Reich und Ländern und berührte dankbar, daß die Bayerische Regierung vor Jahresende eine Denkschrift über die Beziehungen zwischen Reich und Ländern dem Reichsrat eingeschickt habe, worin besondere der Verlässlichkeitsscharakter eines Staates betont wurde. — Außer kleineren Vorlagen nahm der Reichsrat ein Kabinettsvorschlagsgesetz an. Dieses gibt die Möglichkeit der Vergabe neu anzulegenden Abgaben ohne Belegübergabeung. Die Vorstandswahlen der Deutschenationalen Reichstagsfraktion verliefen.

* Berlin. Die für Donnerstag abend vorgelesenen Vorstandswahlen der Deutschenationalen Reichstagsfraktion wurden auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Sie werden voraussichtlich erst nach der parlamentarischen Wahl erfolgen.

Dr. Luthers parlamentarischer Sieg.

V.D.P. Berlin, 23. Januar 1925.

Reichskanzler Dr. Luther hat sein neu gebildetes Kabinett erfolgreich durch das Feuer der armen Reichstagsdebatte geführt und damit die erste Probe für die Tiefigkeit der Regierung gegeben. Obwohl es zu beispiellosen heftigen Auseinandersetzungen gekommen ist, konnte die parlamentarische Situation hinreichend gelöst werden, um für die nächste Zukunft ein ungehörtes fachliches Arbeiten zu gewährleisten, denn die Opposition wird sich jetzt mit der Tatsache abfinden müssen, daß sie für die nächsten Monate keinen Kabinett mehr haben darf, das Kabinett Luther zu gefährden. In den parlamentarischen Kreisen verlautet, daß Reichskanzler Dr. Luther mit der Absicht umgeht, nach der bestandenen Lösung der Vertrauensfrage so schnell wie möglich außenpolitische Verhandlungen herbeizuführen. Es kann sich dabei allerdings weniger um offizielle Schritte handeln, die in gegenwärtigen Stadien wenig angebracht erscheinen, als vielmehr um die Anflutung diplomatischer Unterhandlungen, deren Ziel es wäre, die Verhandlungsbereitschaft der alliierten Regierungen hinsichtlich der Regelung der Räumungsfrage zu sondieren.

Der Vorstoss, den der frühere Reichsfanzer Dr. Wirth als Führer des linken Zentrumsküls gegen das Kabinett Luther unternommen hat, hat das denkbare gründliche Aufsehen erregt und wird voraussichtlich in der Zentrumsfraktion selbst zu lebhaften Auseinandersetzungen führen. Wie wir auf das Bestimmteste erfahren, ist die Mehrheit der Zentrumsfraktion mit den Erklärungen, die Dr. Wirth gegenüber Vertretern der Presse abgegeben hat, außerordentlich ungebunden und erblickt darin eine offene Stellungnahme gegen die Haltung der Fraktion selbst, die keineswegs gewillt ist, der neuen Regierung irgendwelche Schwierigkeiten zu machen. Die gegenwärtige sehr stark bevorstehende Aktivität Dr. Wirths wird von den Führern der Fraktionsmeidheit als ein Anzeichen dafür angesehen, daß es ihm offensichtlich darauf ankommt, die Kampffront der Linken gegen die Reichsregierung zu verstärken. Er habe dabei eigentlich keinelei Aussichten hat, das Kabinett Luther zu gefährden.

Die Erklärungen des Reichsfanzers finden bei den hinter der Regierung stehenden Parteien den lebhaften Widerhall, sodass eine Gefährdung des Regierungsprogramms durch etwaige Sondererhebungen der Rechtsparteien in den wahrenden politischen Kreisen als völlig ausgeschlossen erscheint. Dagegen glaubt die Linke eine starke Blöcke des Kanzlers entdeckt zu haben, indem sie darauf hinweist, daß er angeblich viel zu stark auf den Rückhalt der Rechtsparteien angewiesen sei, um den republikanischen Staat in seinen Lebensinteressen festzuhalten. Wenn Dr. Luther sich darauf berufe, daß das Kabinett beobachtet habe, die republikanische Staatsform nicht zu ändern, so liege darin gerade eine beweisreiche Zweideutigkeit. Da es nicht Aufgabe der Regierung sein könne, Verfassungsänderungen vorzunehmen, so sei absolut keine Gewalt dafür gegeben, daß die Rechtsparteien von sich aus die notwendigen Schritte unternehmen, um ihre verfassungseindringlichen Ziele zu verwirklichen.

Diese Andeutung auf die Möglichkeit irgendwelcher Verfassungskämpfe wird jedoch von den der Regierung nahestehenden Kreisen ganz entschieden bestritten. Man weiß darauf hin, daß die Reichsregierung die Wahrung des inneren Friedens als ihr grundlegendes Ziel ansieht und selbstverständlich im gegebenen Fall Veranlassung nehmen würde, auf die ihr nahestehenden Parteien einzutreten, um sie in nachdrücklichster Form vor derartigen Bestrebungen zu warnen.

Ein Rüstungsbuch des Völkerbundes.

* London. Der Völkerbund hat neuerdings ein Rüstungsbuch veröffentlicht. Aus diesem ergibt sich, daß zur Zeit nicht weniger als 5,5 Millionen Mann unter den Waffen stehen. Da die meisten Männer die Bewaffnung besitzen, sei eine noch viel größere Anzahl jederzeit mobilisierbar. Die Schlagkraft der Welt verfügt über ein Personal von 454 191 Mann und besteht aus 84 Schlachtkreuzern, 167 Kreuzern und kleinen Kreuzern, 1094 Torpedobooteverteidigern und 400 U-Booten, 4000 U-Booten und U-Booten für Verfügung.